GLADYS CHAI VON DER LAAGE / ACTION PRESS

BRITTA PEDERSEN / PICTURE ALLIANCE / DPA

AMIN AKHTAR / LAIF

MAURICE WEISS / OSTKREUZ

HUBERT BOESL / PICTURE ALLIANCE / DPA

ENTWICKLUNGSHILFE

# Mehr Geld gegen Armut

Zahlreiche Prominente haben sich in einem Brief an die Parteivorsitzenden Angela Merkel, Horst Seehofer und Sigmar Gabriel gewandt, um für höhere Entwicklungshilfeausgaben zu werben. „Wir bitten Sie, sich in den laufenden Verhandlungen zwischen CDU, CSU und SPD dafür einzusetzen, dass der Koalitionsvertrag einen starken deutschen Beitrag für den Kampf gegen extreme Armut festschreibt“, heißt es in dem Brief, „unsere Generation hat die Chance, extreme Armut praktisch zu beenden.“ Zu den Unterzeichnern zählen der Talkmaster Alfred Biolek, die Schauspieler Jan Josef Liefers und Anna Loos, der Regisseur Wim Wenders und der Fußballer Per Mertesacker. Sie verweisen in dem Schreiben auf die Wahlprogramme von Union und SPD, in denen sich die Parteien auf Mehrausgaben von bis zu einer Milliarde Euro jährlich festgelegt haben. Bisher konnten sich Union und SPD in den Koalitionsverhandlungen zwar darauf verständigen, ihre Verpflichtungen in der Entwicklungshilfe ernst zu nehmen. Spürbare Mehrausgaben für Entwicklungsländer werden jedoch eher nicht erwartet.

VERFASSUNGSSCHUTZ

# Freiraum für Scientology

Das Bundesamt für Verfassungsschutz plant, die Beobachtung der Scientology-Organisation praktisch einzustellen – und verärgert damit mehrere Länder. Das Bundesamt wolle seine Prioritäten neu ordnen und daher die Beschäftigung mit Scientology „auf ein Minimum reduzieren“, heißt es in einem Schreiben an die Landesbehörden für Verfassungsschutz vom 19. Oktober. Die Bedeutung des Konzerns, der sich als Kirche ausgibt, nehme ohnehin ab. Bundesweit soll die Organisation, der im aktuellen Verfassungsschutzbericht ein „totalitärer Charakter“ attestiert wird, noch rund 4000 Mitglieder haben, besonders in Großstädten. Der Verfassungsschutz versucht, seine Kräfte derzeit in Richtung Spionageabwehr zu bündeln; nach dem Auffliegen des Terrortrios NSU war bereits die Abteilung Rechtsextremismus deutlich gestärkt worden. Der Plan, Scientology aus der Beobachtung zu entlassen, trifft aber auf Gegenwehr. Niedersachsen hat Bedenken geäußert, auch Hamburg und andere Länder wollen nicht mitziehen.

JOCHEN ZICK / ACTION PRESS

**Scientology-Zentrale in Berlin**

FÖDERALISMUS

# Länder wollen 20 Milliarden vom Bund

Die Reform der Finanzbeziehungen zwischen Bund und Ländern könnte für den künftigen Bundesfinanzminister sehr teuer werden. Das geht aus einem bislang unter Verschluss gehaltenen „Meinungsbild“ der Länderfinanzminister hervor. Darin fordern sie, dass der Bund ihnen ab 2020 mindestens 20 Milliarden Euro pro Jahr mehr zur Verfügung stellt, als eigentlich vorgesehen war. Hintergrund: Der Solidarpakt für Ostdeutschland und andere Finanzhilfen für die Länder laufen Ende 2019 aus. Der Solidaritätszuschlag, der allein dem Bundeshaushalt zufließt, soll aber wohl bleiben.
Nach Rechnung der Länder entlasten diese Effekte den Bundeshaushalt um jene 20 Milliarden Euro pro Jahr. Das wollen die Finanzminister der Länder nicht akzeptieren. „Für die Zeit ab 2020 sind Anschlussregelungen erforderlich, um den Ländern auch künftig entsprechende Mittel in Höhe von 20 Milliarden Euro jährlich zur Verfügung zu stellen“, schreiben sie in ihrer vertraulichen Stellungnahme an die Ministerpräsidenten. Nur so könne gewährleistet werden, dass sie über eine „ausreichende, den Aufgaben angemessene Finanzausstattung“ verfügten. Zusätzlich fordern die Länder eine „Lastenverschiebung“ bei den Sozialausgaben, die vor allem die Haushalte von Städten und Gemeinden belasten. Bislang beteiligt sich der Bund nur zum Teil an den insgesamt 45 Milliarden Euro Sozialausgaben der Kommunen.